

Antrag

des Bezirksrats Alexander Spritzendorfer und des Klubs der Grünen Alternative Josefstadt gemäß §24 GO-BV für die Bezirksvertretungssitzung am 28.11.2018

betreffend Ausweitung des Anwohnerinnenparkens auf 30%

Begründung

Das System des Anwohnerinnenparkens, das 2012 durch die Wiener Stadtregierung ermöglicht und eingeführt wurde, hat sich für die Bewohnerinnen der Josefstadt bewährt. Die Stadt Wien bestätigte den Erfolg durch eine Evaluierung. Nun sollen diese Stellplätze in der Zeit von für den Wirtschaftsverkehr sowie für soziale Dienste geöffnet werden. Da aus der Josefstadt bisher kein gültiger Finanzbeschluss über die Kosten der neuen Zusatztafeln vorliegt, drohen ab dem 1. Dezember 2018 chaotische Zustände im Bezirk, da niemand mehr weiß, wer wann wo und wie lange parken darf. Eine generelle Aufhebung des gesamten Konzeptes des Anwohnerinnenparkens durch den Verfassungsgerichtshof ist nicht auszuschließen und die negativen Folgen einer solchen Aufhebung wären in keiner Relation zur geplanten, zeitlich begrenzten Öffnung dieser Stellplätze für den Wirtschaftsverkehr und für soziale Dienste.

Die gefertigten Bezirksrätinnen stellen daher folgenden

Antrag

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird ersucht, den Anteil der in der Josefstadt verfügbaren Anwohnerinnenparkplätze auf bis zu 30% zu ermöglichen.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.